



II. *Vorschlag der Teilnehmer am Klima-Bündnis-Seminar in Frankfurt vom 01. bis 02. September 1992 für eine Resolution der Klimabündnisstädte zum Bundesverkehrswegeplan '92*

Die Stadt Nürnberg hat sich im Juli '91 dem "Klima-Bündnis der europäischen Städte mit den indigenen Völkern der Regenwälder" angeschlossen. Zum Schutz der Erdatmosphäre und zur Verminderung des Treibhauseffektes engagiert sich dieses Bündnis vor allem bei der Minderung der CO₂-Produktion. Weil hier der Straßenverkehrssektor zunehmende Bedeutung gewinnt, befaßt sich das Klima-Bündnis auch mit den Auswirkungen des Bundesverkehrswegeplanes '92 (BVWP '92).

Im Rahmen eines Seminars des Klima-Bündnisses in Frankfurt am Main, an dem Vertreter von ca. 30 deutschen Städten teilnahmen, wurde auf Vorschlag des Nürnberger Umweltreferenten die folgende Resolution zum BVWP '92 verfaßt, die zur Beschlußfassung dem Nürnberger Stadtrat im Oktober vorgelegt wird:

Die deutschen Klimabündnisstädte fordern die Bundesregierung auf, den BVWP '92 im Sinne des von ihr beschlossenen CO₂-Minderungszieles zu überarbeiten.

Der BVWP '92 in seiner jetzigen Form führt zu erheblichen Steigerungen der CO₂-Produktion im Straßenverkehrsbereich. Nach Schätzungen des Umweltbundesamtes ist bis zum Jahr 2010 mit einer 40- bis 50 %-igen Steigerung zu rechnen. Vom Verkehrsbereich ginge dann die weitaus größte Gefahr für das Klima aus. Eine Umkehrung des Trends der gesamten CO₂-Produktion in der BRD wäre fraglich, die angestrebte CO₂-Reduzierung um 25 bis 30 % bis zum Jahr 2005 nicht möglich. Damit würde die Bundesregierung in ihrer Vorreiterrolle in Europa und der Welt unglaubwürdig, die Bemühungen der Klimabündnisstädte zur CO₂-Reduzierung würden unterlaufen.

Die Klimabündnisstädte sehen deshalb die folgenden wesentlichen Voraussetzungen für die Fortschreibung des Bundesverkehrswegeplanes:

- Eine deutliche Verschiebung der Investitionen zugunsten der Schiene im BVWP '92 ist unabdingbar. In den alten Bundesländern bedeutet dies die Realisierung eines immensen Nachholbedarfes bei der Schiene (174.000 km Fernstraße stehen 27.000 km Schiene gegenüber). In den neuen Bundesländern muß das stärkere Gewicht der Schiene erhalten und ausgebaut werden.



-
- *Die Verkehrspolitischen Prioritäten des BVWP '92 müssen die Klimaschutzproblematik beinhalten. Die einzelnen Verkehrsprojekte müssen auf dieser Basis einer gewissenhaften ökologischen Beurteilung unterzogen werden.*
 - *Der Beitrag von Geschwindigkeitsbeschränkungen zu CO₂-Minderung muß voll ausgeschöpft werden.*
 - *Die gesetzlichen Grundlagen für Kraftfahrstoffverbrauchsgrenzwerte müssen geschaffen werden.*
 - *Verkehrsvermeidungsstrategien insbesondere durch Zuordnung der Kosten nach dem Verursacherprinzip müssen entwickelt werden (Erhöhung der Mineralölsteuer zweckgebunden für die CO₂-Minderung, Umstellung der Kfz-Steuer).*

Die Klimabündnisstädte fordern die Bundesregierung auf, mit dem BVWP '92 eine an den Ergebnissen der vorgenannten Maßnahme ausgerichteten CO₂-Bilanzierung vorzulegen.